

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 69. Ratssitzung vom 30. Oktober 2019

1807. 2019/435

**Beschlussantrag der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 17.10.2019:
Resolution betreffend Einmarsch der Türkei in Nordsyrien, verbunden mit der
Forderung nach einem sofortigen Aussetzen des Freihandelsabkommens und
dem Stopp von Kriegsmaterialexporten**

Marco Denoth (SP) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 1787/2019): Aus Respekt vor den Betroffenen hier und vor Ort stelle ich den Beschlussantrag auf Hochdeutsch vor. Am 9. November dieses Jahres sind türkische Streitkräfte in die nördlichen Provinzen Syriens einmarschiert. Wie jeder Krieg zieht dieser Krieg Leid und Tod nach sich und hat bereits 300 000 Menschen aus ihrer Heimat flüchten lassen. Die Schweiz hat gestern Soforthilfe für die Betreuung von Geflüchteten in Griechenland beschlossen. Es ist ein Tropfen auf den heissen Stein. Wir leben in einer offenen und solidarischen Stadt, und in Gemeinde- und Stadtrat haben Parteien das Sagen, die sich für Offenheit und Solidarität einsetzen. Häufig rede ich an Demonstrationen mit Kurdinnen und Kurden, die das durch die türkische Regierungspolitik verursachte Leid am eigenen Leib erfahren mussten und/oder Verwandte, Freundinnen und Freunde in der betroffenen Region haben. Ihr Leiden bewegt mich, und ich nehme an, dass dies allen Anwesenden so geht, wenn sie sich damit auseinandersetzen. Dies hat mich dazu bewogen, die Resolution zusammen mit der Grünen- und der AL-Fraktion zu verfassen. Sie sollte heute beraten werden, da das Kriegsgeschehen ständig unvorhersehbare Wendungen nimmt. Die Gegnerinnen und Gegner des Vorstosses werden argumentieren, dass ein Gemeindeparlament keine Aussenpolitik betreiben soll. Dem halte ich Folgendes deutlich entgegen: Erstens gibt es den Brückenschlag Zürich–Diyarbakır. Diese Stadt liegt nahe der syrischen Grenze und ist vom Krieg direkt betroffen; ihre Bürgermeisterin und Bürgermeister wurden aus dem Amt entfernt und inhaftiert. Zweitens hat der Bundesrat, namentlich Bundesrat Cassis, in unseren Augen viel zu verhalten reagiert. Als grösste Stadt der Schweiz haben wir dazu auch etwas zu sagen. Drittens sind wir das Zentrum der Demonstrationen der Kurdinnen und Kurden, weil viele von ihnen hier leben. Wir solidarisieren uns mit ihnen und den betroffenen Familien in den Gebieten. Wenn wir damit zumindest ein wenig das Gefühl geben können, mit ihnen zu sein, dann ist der Sinn des Vorstosses erfüllt. Demonstrieren Sie Menschlichkeit und unterstützen Sie ihn.

Weitere Wortmeldungen:

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Ich bleibe beim Hochdeutsch. Dass niemand einen Ablehnungsantrag stellen will, finde ich sehr schön und ich verstehe das als grundsätzliche Unterstützung. Unsere Fraktion erachtet den Gemeinderat sehr wohl als zuständig, im Wissen darum, dass internationale Solidarität eben hilft, im Wissen darum, dass Menschen in Nordsyrien in Lebensgefahr sind, und darum, dass die, die hier sind, meist

flüchten mussten und nicht auswandern wollten. Die Situation ist grauenhaft, und wie immer leidet die Zivilbevölkerung am meisten. Wir Grüne verurteilen den türkischen Einmarsch und das Vorgehen der türkischen Regierung gegen Kritikerinnen und Kritiker in der Türkei auf das Schärfste. Der Bundesrat hat leider nur sehr zögerlich reagiert. Die Aussetzung des Freihandelsabkommens oder ein Ausfuhrstopp für Rüstungsgüter ist leider nicht erfolgt. Für die grösste Stadt der Schweiz ist Hinschauen eine Pflicht, wenn die Schweiz ins Geschehen verwickelt ist. Als Partnerstadt von Diyarbakir haben wir eine besondere Verantwortung. Wir wissen: Solidarität hilft den Betroffenen, indem sie zeigt, dass sie nicht vergessen gehen, und die öffentliche Verurteilung hilft, Druck sowohl auf die türkische Regierung als auch auf den Bundesrat aufzubauen. Ich kann Ihnen versichern, dass ich in Bern darauf schauen werde, was der Bundesrat unternimmt.

Isabel Garcia (GLP): *Auch unsere Fraktion ist besorgt über die Situation in Nordsyrien. Was den Beschlussantrag angeht, liegt allerdings kein einziges Element davon in der Kompetenz des Gemeinderats oder des Stadtrats. Deshalb werden wir nicht abstimmen.*

Samuel Balsiger (SVP): *Einen Tag nach Einreichung des Beschlussantrags wurden in Afghanistan bei einem Bombenanschlag 60 Menschen umgebracht. Wenn es Ihnen wirklich um die Menschen und um die Beendigung von Gewalt geht, warum erheben Sie dann Ihre Stimme nicht auch dagegen? Sind etwa die Opfer in Afghanistan weniger wichtig als jene in Nordsyrien? Ihr selektives Vorgehen verrät, dass es nicht um die Menschen geht, sondern um Ideologie. In Nordsyrien gibt es eine de facto von Kurden regierte Region, und die Frauenrechte stehen dort stark im Zentrum. Dagegen steht der männliche Aggressor Erdoğan, der gegen die feministische Ideologie, die Ihnen nahesteht, mit Gewalt vorgeht. Es ist offensichtlich, dass es Ihnen um die Moral geht, und dass Sie die Opfer der Gewalt nur dazu instrumentalisieren, um ein politisches Süppchen zu kochen. Sie missbrauchen die Situation, um Ihre Moral und Ideologie befeuern zu können. Es gäbe noch zahlreiche weitere Beispiele, wo Menschen unter schlimmster Gewalt leiden: Denken Sie nur an die linke, kommunistische Diktatur in Nordkorea. Wenn es Ihnen ernst ist, reichen Sie auch eine Resolution dagegen ein. Sonst entlarven Sie sich selbst.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Das Traktandum gehört nicht in den Gemeinderat. Allerdings heisst das nicht, dass ich keine Meinung zum Geschehen hätte und nicht informiert wäre. In meiner Zeitung können Sie das ausführlich nachlesen. Ich musste auch Abonnenten in der Türkei von der Liste streichen, da sie durch die kritischen Artikel gefährdet werden könnten. Die Kurden haben einiges geleistet, was die Bekämpfung des IS angeht. Sieht man nun, wie sie einfach im Stich gelassen werden, so geht es nicht einmal nur um ethische Fragen, sondern schlicht um das politische Problem, dass das Vertrauen in den Westen so grundsätzlich erschüttert wird. In dem Sinn finde ich es schade, feststellen zu müssen, dass der Gemeinderat hier nicht zuständig ist, und werde nicht abstimmen.*

Ernst Danner (EVP): *Bei der Resolution geht es um die Türkei, die die Souveränität*

des Nachbarstaats und damit internationales Recht verletzt. Es geht um Kriegshandlungen, die die Zivilbevölkerung massiv betreffen und damit um Menschenrechtsverletzung. Dass der Urheber dieser Übergriffe ein Staat ist, der bis vor Kurzem auf der Liste der EU-Beitrittskandidaten war und nahe an der europäischen Gesellschaft ist, macht die Sache umso gravierender. Zudem hat der türkische Staat bis heute den Genozid an den Armeniern während des ersten Weltkriegs nicht eingestanden. Dieses Fehlverhalten wird bis heute geleugnet. Für uns wiegt diese Situation schwerer als neutralitätspolitische Bedenken und der Einwand mangelnder Zuständigkeit. Natürlich ist der Gemeinderat kein aussenpolitisches Gremium. Der Bundesrat hat aber eine schwache Haltung eingenommen. Wir dürfen uns als Stadt Zürich auch in der Tradition eines Blicks äussern, der über die Stadtgrenzen hinausgeht, gerade wenn es um gravierende Verletzungen der internationalen Ordnung geht.

Stefan Urech (SVP): *Für mich ist das Ausdruck von Grössenwahn von verhinderten Nationalräten, denen es bei kommunalen Themen langweilig geworden ist. Inhaltlich bin ich einverstanden, aber die Form ist für mich anbietende Schaumschlägerei. Ich bin nicht menschlicher, wenn ich in einem Rat, der dazu absolut nichts zu sagen hat, etwas unterstütze. Es geht nur um das persönliche gute Gewissen jener, die dieses Spektakel veranstalten. Sie wurden in den Rat gewählt, um die Aufsichtsfunktion über den Stadtrat und die Verwaltung wahrzunehmen. Das tun Sie aber nicht, denn die Finanzen laufen seit Jahren aus dem Ruder. Die Linke sollte sich beim Beispiel Türkei selber an der Nase nehmen, denn vor Jahren hat sie sich für Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei ausgesprochen und war begeistert vom Integrationsgedanken. In diesem Rat hier geht es um die städtischen Finanzen und die kommunale Verkehrspolitik.*

Michael Schmid (FDP): *Sollten die Unterstützenden des Beschlussantrags sich uns moralisch überlegen fühlen, so würden sie einem Grundlagenirrtum unterliegen. Uns geht das Schicksal der Menschen in Syrien genauso nahe wie Ihnen. Wir erachten die Resolution im Gemeinderat aber weder für legitim noch für legal. Deshalb werden wir schlicht nicht abstimmen.*

Marco Denoth (SP): *Wenn ich Stefan Urech (SVP) sage, dass ich ihn als Person schätze, so tut ihm das hoffentlich gut. Dieses Beispiel zeigt, dass Worte eine Wirkung haben. Und genau darum geht es bei der Resolution. Es ist peinlich und ich finde es feige, wie die FDP-Fraktion mit dem Antrag auf Absetzung des Beschlussantrags versucht hat, die Diskussion zu verhindern, um nicht Stellung nehmen zu müssen. In diesem Licht nehme ich Michael Schmid (FDP) seine Aussagen nicht ab. Für mich wirkt das Argument der Nichtzuständigkeit als ein Mittel, das Parlament und damit auch die Demokratie zu schwächen. Ich bin deshalb sehr froh, dass die Diskussion hat stattfinden können, und es freut mich, dass kein Ablehnungsantrag gestellt worden ist.*

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 69 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

4 / 4

Damit ist beschlossen:

«Die Stadt Zürich ist zutiefst besorgt über die Entwicklung in Nordsyrien. Am 9. Oktober sind die türkischen Streitkräfte in die nordöstlichen Provinzen von Syrien mit massiven Angriffen einmarschiert. Wie jeder Krieg hat auch dieser Folgen. So sind bereits 700 Todesopfer zu beklagen und fast 200'000 Menschen sind in die Flucht getrieben worden. Weiter geht die türkische Regierung hart gegen Kritikerinnen und Kritiker der Militäroffensive in der Türkei vor und lässt sie verhaften.

Die Stadt Zürich verurteilt diese Invasion aufs schärfste und solidarisiert sich mit den Menschen, welche unter dieser Militäraktion zu leiden haben. Nachwievor kritisiert sie scharf den undemokratischen Umgang der türkischen Regierung mit der politischen Opposition. Die Stadt Zürich fordert vom Bundesrat das sofortige Aussetzen des Freihandelsabkommen mit der Türkei und den sofortigen Stopp von Export von Kriegsmaterial, einschliesslich Vorprodukten und Ersatzteillieferungen, in die Türkei. Ausserdem sollen Hilfsorganisationen, die in Syrien tätig sind, durch die Schweiz und die Stadt Zürich unterstützt werden.»

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat